



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 379 / 2012

Kiel, Donnerstag, 27. September 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Soziales / Kinderschutz in Schleswig-Holstein

Anita Klahn: Bei möglicher Kindeswohlgefährdung müssen alle schnell und kompetent reagieren können!

In ihrer Rede zu **TOP 19 und 46** (Kinderschutz in Schleswig-Holstein weiter stärken, Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in Schleswig-Holstein) erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Es ist diesem Parlament ein gemeinsames Anliegen, mehr für den Schutz von Kindern zu tun. Wir als Landespolitiker sollten an einem Strang ziehen und nicht weitere Jahre bei der Umsetzung zentraler Maßnahmen verstreichen lassen. Ich weiß daher nicht, ob das Geplänkel, wie es in den vorliegenden Anträgen zum Ausdruck kommt, beim Thema Kinderschutz tatsächlich notwendig ist.

In der 16. Legislaturperiode wurde in Schleswig-Holstein ein gutes Kinderschutzgesetz verabschiedet, das auch die FDP-Landtagsfraktion inhaltlich unterstützt hat. In der letzten Wahlperiode haben wir die Verfassung im Kinderschutz gemeinsam weiterentwickelt. Kinderschutz geht uns alle an.

Für die zügige Umsetzung der identifizierten Verbesserungsmöglichkeiten ist es von wesentlicher Bedeutung, ein schlüssiges Konzept zu haben. Dazu bedarf es einer Bestandserhebung bereits vorhandener Hilfeangebote und natürlich auch der Bereitstellung entsprechender finanzieller Ressourcen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass es in Schleswig-Holstein eine Vielzahl von sozialen Einrichtungen gibt, die vorbildlich arbeiten und verschiedenste Hilfsangebote für Kinder und Familien anbieten. Dieses ist sicher auch das Verdienst eines starken Kinderschutzbundes. Auch beispielsweise die Familienbildungsstätten und Mehrgenerationenhäuser müssen weiter gestärkt werden. Familien in schwierigen Lebenssituationen benötigen gerade die leicht zugänglichen Angebote. Insofern hat die Bundesregierung eine gute Entscheidung getroffen, für die nächsten drei Jahre 120 Mio. Euro für Familienhebammen und das ‚Nationale Zentrum Frühe Hilfen‘ bereitzustellen.

Es ist eine der schwierigeren Aufgaben, den Kommunen die finanziellen Räume zu geben, dass erstens Personal gut ausgebildet werden kann und zweitens auch ausreichend Personal vor Ort präsent sein kann. Damit ist zwar nicht garantiert, dass es nie wieder zu so traurigen Ereignissen wie jetzt in Bad Segeberg kommt – aber wir minimieren das Risiko. Und eines liegt mir am Herzen: Bei einer möglichen Kindeswohlgefährdung müssen alle schnell und kompetent reagieren können.“

Susann Wilke, Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de>

www.fdp-sh.de